



Russland: Rotation von Generälen in den Sicherheitsdiensten

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

September 2017

Zusammenfassung

Am 17. August 2017 veröffentlichte die russische Internetzeitschrift „Republic.ru“ vier Sujets über den Wechsel wichtiger Generäle in den Sicherheitsdiensten im Laufe des letzten Jahres: „Rosneft“ und zurück zum FSB, die Schlacht um das Internet, das Projekt der Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit, gelenkte Umstellungen bei regionalen Sicherheitsstrukturen.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Am 17. August 2017 veröffentlichte die russische Internetzeitschrift „Republic.ru“ vier Sujets über den Wechsel wichtiger Generäle in den Sicherheitsdiensten im Laufe des letzten Jahres.¹

„Rosneft“ und zurück

General Oleg Feoktistow wurde im September 2016 Sicherheitschef und Vizepräsident des größten russischen staatlichen Erdölkonzerns „Rosneft“. Er bereitete im November vergangenen Jahres das Vorgehen gegen den damaligen Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew vor, der dann verhaftet worden war, weil er vom „Rosneft“-Präsidenten Igor Setschin 2 Mio. \$ Bestechungsgeld gefordert haben soll, um den Verkauf der Hälfte der staatlichen Aktien des baschkirischen Ölkonzerns „Baschneft“ an „Rosneft“ zu genehmigen.

Bis Ende August 2016 war Feoktistow Erster Stellvertretender Leiter der FSB-Verwaltung für interne Sicherheit (russ. abgekürzt USB) und in dieser Position verantwortlich für die Untersuchung vieler hochkarätiger Strafsachen. Nach einem halben Jahr auf seinem neuen Posten bei „Rosneft“ verließ er diesen im März und kehrte laut Setschin wieder in den FSB-Dienst zurück. Doch wie später bekannt wurde, fand man beim FSB keine neue Position für ihn, weswegen er nun zur FSB-Reserve gehört.

Feoktistows unmittelbarer Chef im FSB, der USB-Leiter Sergej Koroljew, wechselte inzwischen an die Spitze einer anderen wichtigen Untergliederung des FSB, den Dienst für Wirtschaftssicherheit (russ. abgekürzt SEB). Zum Leiter der Zweiten Verwaltung des SEB beförderte Sergej Koroljew Alexej Komkow und zu seinem Ersten Stellvertreter Anatolij Filippow. Warum bekam nicht Feoktistow einen dieser Posten? Er gehört offensichtlich nicht zum Kommando Koroljews. Zudem sind die Beziehungen unter den Generälen schwierig.

Schlacht um das Internet

Der Leiter einer weiteren wichtigen Untergliederung des FSB, des Zentrums für Informationssicherheit (russ. abgekürzt ZIB), Andrej Gerassimow, wurde entlassen. An seine Stelle trat sein bisheriger Stellvertreter Sergej Skorochodow. Das ZIB konkurriert innerhalb des FSB mit dem Zentrum für den Schutz von Informationen und spezieller Kommunikation. Die Kompetenzen beider Zentren überlappen sich traditionell. Die Beziehungen zwischen ihnen sind nicht einfach.

Der Wechsel an der ZIB-Spitze ist eine Reaktion auf die Verhaftung von ranghohen Offizieren der Zweiten Abteilung der operativen Verwaltung des ZIB unter dem Vorwurf, Staatsgeheimnisse im Zusammenhang mit Computervorfällen beim Kaspersky-Laboratorium verraten zu haben.

Ministerium für Staatssicherheit

Im vergangenen September berichtete die Zeitung „Kommersant“ über eine Diskussion in Moskau, auf der Grundlage des FSB ein Ministerium für Staatssicherheit (russ. abgekürzt MGB) zu bilden, das den FSB, den Föderalen Schutzdienst FSO und den Auslandsnachrichtendienst SWR vereinigen sollte.² Außerdem sollte das Ministerium für Zivilverteidigung, Notstandssituationen und die Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen

¹ <https://republic.ru/posts/85876>

² <https://www.kommersant.ru/doc/3119143>



zwischen dem Verteidigungsministerium und dem Innenministerium aufgeteilt werden. Verteidigungsminister, Armeegeneral Schojgu, war von 1994 bis 2012 Chef des Katastrophenschutzministers und mit 18 Ministerjahren das dienstälteste Regierungsmitglied. Bei der Bevölkerung war er beliebt, weil sein Ministerium bei Naturkatastrophen wirklich half und jeweils relativ schnell zur Stelle war. Bezüglich der Putin-Nachfolge hat er allerdings ein Handikap, denn sein Vater ist nicht Russe, sondern Tuwiner.

Ferner wurde im Frühjahr 2016 überlegt, einen Föderalen Untersuchungsdienst zu schaffen, in den das Ermittlungskomitee SKR, die Ermittlungsabteilung des Innenministeriums und die Ermittlungsverwaltung des FSB aufgehen sollten. Alle Mitarbeiter wären dann aus den bisherigen Behörden zurückgezogen worden und hätten sich neu bewerben müssen. Auf diese Weise hätte Putin großen Spielraum für Personalmanöver bekommen. Die Verschmelzung von FSB und SWR sollte zu Beginn des Winters erfolgen. In einer Vorwahlperiode ist die Umsetzung obiger Überlegungen unwahrscheinlich. Zudem würde die Balance der Sicherheitsbehörden gestört, und das MGB wäre schlecht kontrollierbar. Seither ist von obigen Überlegungen nichts mehr zu hören.

Gelenkte Umstellung

Im vergangenen November wurde der Leiter der FSO-Verwaltung des Föderalen Bezirks Nord-Kaukasus, General Gennadij Lopyrew, unter dem Verdacht der Korruption verhaftet. Zu seinem Zuständigkeitsbereich gehörte die Präsidentenresidenz „Botscharow Rutschej“. Im Mai 2016 löste Generalleutnant Dmitrij Kotschnew Armeegeneral Jewgenij Murow als FSO-Chef ab, der auf eigenen Wunsch ging. Kotschnew wechselte zehn Personen in den führenden Organen des FSO aus. Neuer FSO-Chef für den Föderalen Bezirk Nord-Kaukasus wurde Sergej Krawtschenko. Zum Stellvertretenden FSO-Chef wurde Nikolaj Kondratjuk ernannt, der vorher seit 2014 den FSO des Föderalen Bezirks Krim leitete.

Eine weitere Zusammenarbeit mit dem FSB war im Herbst 2016 für den Leiter des Ermittlungskomitees, Alexander Bastrykin, hilfreich. Es ging damals um die Verwicklung von führenden Mitarbeitern des Ermittlungskomitees, die mit der kriminellen „Autorität“ Sacharij Kalaschow („Schakro Molodoj“) zusammengearbeitet hatten. Bastrykin, der seinen Rücktritt angeboten hatte, wurde damals nicht entlassen, weil er mit dem FSB eine gemeinsame Sprache gefunden hatte.

Die erhöhte Aktivität des FSB betraf auch eine andere Sicherheitsstruktur, das Innenministerium. Die Inhaftierung von Oberst Dmitrij Sachartschenko, bei dem 8 Mrd. Rubel gefunden wurden, hat dazu geführt, dass die Verwaltung T der Hauptverwaltung für wirtschaftliche Sicherheit und Anti-Korruption des Innenministeriums (russ. abgekürzt GUEBiPK), in welcher der Offizier tätig war, aufgelöst wurde.

Und nach dem Arrest des Leiters der Hauptverwaltung für interne Sicherheit des Föderalen Bezirks Nord-West, Jurij Timtschenko, welcher der Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von 100 Mio. Rubel beschuldigt wird, kündigte die Führung des Innenministeriums die Abschaffung der regionalen Verwaltungen für interne Sicherheit an. Ein hochgestellter Mitarbeiter einer Sicherheitsbehörde teilte mit, dass infolge der Sache Sachartschenko in der GUEBiPK keine weiteren Entlassungen in großem Maßstab vorgenommen wurden wie nach der Verhaftungen der Generäle Sugrobow und Kolesnikow, als der zentrale Apparat der Verwaltung um das Dreifache verkleinert wurde. Der Leiter der Hauptverwaltung, Andrej Kurnosenko, behielt seinen Posten. Das Innenministerium verlor eine wichtige Verbindung, die sich mit der internen Sicherheit befasste, konnte aber die Verwaltung für den Kampf gegen die Korruption behalten, für deren Ruf war das jedoch ein weiterer Schlag.



Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist erstmalig im September 2017 im Newsletter „Russland intern aktuell“ Nr. 100 des Deutsch-Russischen Forums Berlin erschienen.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider